

und präzise Argumentation gelingt es dem Autor, die Verwobenheit fortbestehender rassistischer Stereotype, paternalistischer Entwicklungsmentalität, Treuhandschaft und politisch-ökonomischen Interessen offenzulegen. Es ist zu hoffen, dass das Buch auch in deutscher Sprache erscheint, um zur jüngst angestoßenen Diskussion um deutsche Kolonialgeschichte und Entwicklungspolitik gerade „zu Hause“ und nicht nur im Ausland einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Julia Schöneberg

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.13>

Literatur

Köbler, Reinhart, & Henning Melber (2018): „Koloniale Amnesie. Zum Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit“. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *rls Standpunkte 09/2018*, S. 1-4.

Kothari, Uma (2005): *A Radical History of Development Studies. Individuals, Institutions and Ideologies*. London.

McEwan, Cheryl (2008): *Postcolonialism and Development*. London.

Rohini Hensman: *Indefensible. Democracy, Counter-Revolution, and the Rhetoric of Anti-Imperialism*. Chicago, US-IL: Haymarket Books 2018, 377 Seiten

Die Welt ist seit dem Ende der Blockkonfrontation 1989/90 erkennbar so widersprüchlich und unübersichtlich geworden, wie sie es im Grunde schon immer war. Für – zumal wohlmeinende – Menschen auf der Suche nach Wegen und Möglichkeiten, das Richtige zu tun und zu unterstützen, hat dies gravierende Probleme aufgeworfen oder richtiger: aktualisiert und es weiter erschwert, diesen auszuweichen. Die aus Sri Lanka stammende, in Indien lebende Aktivistin und Publizistin Rohini Hensman geht einem zentralen Aspekt dieser Problematik nach, nämlich dem hartnäckigen Festhalten nicht weniger „Linker“, zumal im anglophonen Bereich, aber sicher auch in Deutschland, an der Solidarität mit Staaten, die vermeintlich für Sozialismus und zumindest für den Kampf gegen Imperialismus stehen. Wer sich schon seit längerem gefragt hat, warum Menschen ungeachtet der Umbrüche nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in ökonomischen Strukturen und nicht zuletzt in der Sozialpolitik ihre einstige Solidarität mit der Sowjetunion – so problematisch die für viele Beobachter*innen gerade auf der Linken auch gewesen sein mag – schnurstracks auf das offen nationalistische Ziele verfolgende Putin-Regime (*putinovščina*) übertragen haben, wird dieses Buch mit Interesse und in der Hoffnung auf Aufklärung zur Kenntnis nehmen. Hensman stellt die Problematik des „Pseudo-Antiimperialismus“ ins Zentrum ausführlicher Darstellungen des Konflikts um die Ukraine und die Krim, der Balkankriege der 1990er Jahre und des Kosovo-Kriegs, der Dynamik der Iranischen Revolution und der darauf folgenden Islamischen Republik, des Irak seit Machtantritt der Baath-Partei und Saddam Husseins sowie schließlich des Syrien-Konflikts.

Ausgehend von einer gedrängten und wohl unvermeidlich sehr verkürzten Rezeption der Auseinandersetzung mit Imperialismus und Imperialismustheorie seit

Marx und vor allem Lenin skizziert Hensman zunächst die „Politik des Anti-Imperialismus“. Daran schließt sich eine ähnliche Skizze der großrussisch-nationalistischen Wende in der stalinistischen Sowjetunion an. Wesentlich dabei sind zwei Thesen: Zum einen plädiert Hensman dafür, den Begriff des Imperialismus von seiner in der klassischen Imperialismustheorie begründeten Rückbindung an die Logik und Zwänge jeweils aktueller kapitalistischer Verwertungs- und Akkumulationsprozesse abzulösen. Letztlich bleibt dabei ein zeitloses Konzept territorialer Expansion zurück. Ähnlich verfährt Hensman mit dem Begriff des Kapitalismus. Sie optiert unter Berufung auf den dissidenten trotzkistischen Theoretiker Tony Cliff dafür, das Sowjetsystem als „Staatskapitalismus“ zu verstehen, begründet dies aber mit wenig mehr als den Leiden der großen Mehrheit, zumal während des Zweiten Weltkriegs im Gegensatz zur Prasserei der Elite. Auch hier führt der Verzicht auf die methodologische Orientierung auf die gesellschaftliche Formbestimmung letztlich zu einer zeitlosen, kaum aussagekräftigen Terminologie. Neben dieser Grundorientierung erweist sich die Interpretation des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 als folgenreich für die weitere Analyse. Es ist kaum zu bezweifeln, dass die Folgen dieses Vertrags desaströs waren, auch was die sowjetische Expansion 1939 bei der Teilung Polens und der Besetzung des Baltikums betrifft. Hensman betont jedoch die nach wie vor offizielle Darstellung des folgenden sowjetischen Abwehrkampfes als „Großer Vaterländischer Krieg“ in einer Weise, dass gegenüber der unverkennbar nationalistischen Tendenz die zentrale Rolle der Sowjetunion bei der Niederwerfung des deutschen Faschismus völlig aus dem Blick gerät. Die neuerlich expansive Politik der *putinovščina* lässt sich nicht zuletzt aus diesem Grund allzu einfach in eine Kontinuität nationalistischer Politik eintragen, zumal auch der Bruch der 1990er Jahre aus Hensmans Sicht eigentlich keiner ist. Für sie hat „Kapitalismus“ vorher wie nachher geherrscht; auch die schwere gesellschaftliche Krise, die der tatsächliche Systemwechsel bewirkt hat, kommt nicht vor. Damit dürfte eine wesentliche Legitimitätsgrundlage des aktuellen Regimes ausgespart sein.

Hiermit ist bereits eine wesentliche Problematik des Buches bezeichnet: Hensman lässt sich nicht auf Widersprüche und Ambivalenzen ein – man könnte sagen, sie tut dies ebenso wenig wie die Strömungen, die sie mit Recht kritisiert. Sie spielt offen faschistische Tendenzen in der Ukraine herunter und interessiert sich kaum für die höchst realen Probleme, die durch ethnonationalistische Maßnahmen im Osten des Landes und auf der Krim zugespitzt wurden. Dies zur Kenntnis zu nehmen, rechtfertigt keine völkerrechtswidrige Aggression, erschwert aber eine eindeutige Parteinahme; vielleicht wird jedoch so ein realistischer Blick auf Konflikte und Verwicklungen eher ermöglicht. Ähnlich eindeutig ist bei Hensman die Verteilung von Recht und Unrecht auf dem Balkan, ohne dass die ethnonationalistischen Strategien *aller* Seiten ernsthaft zur Sprache kämen. Damit lässt sich auch der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg 1999 legitimieren, zumal die bis heute problematischen Ursprünge der kosovarischen Armee UCK ausgespart bleiben. Die Islamische Republik in Iran erscheint als systematisch expansive Macht im Nahen und Mittleren Osten. Einmal mehr sind solche, mit einer Fülle von Fakten unterfütterten Feststellungen eine wesentliche Erinnerung an die Gründe für die schweren aktuellen Konflikte; ohne

die Berücksichtigung der Gesamtkonstellation, die vor allem Saudi-Arabien als regionale Hegemonialmacht systematisch einschließen müsste, wird das Bild aber schief. Gleiches gilt für die weitgehende Aussparung der israelischen Politik. Dagegen schildert Hensman eindrucksvoll, in welchem Ausmaß das US-Besatzungsregime im Irak ab 2003 ethnoreligiöse Spaltungen forciert und damit demokratische, auf nationale Einheit zielende Initiativen blockiert sowie der iranischen Expansionspolitik Vorschub geleistet hat. Die Intervention der „Koalition der Willigen“ selbst kommt aber nur am Rande vor. Insgesamt über 80 Seiten sind schließlich dem Syrien-Konflikt gewidmet. Besonders hier sieht Hensman für die „Linke“ die Notwendigkeit, den Schutz demokratischer Bewegungen, deren Ausmaß etwa in Syrien ab 2011 bei weitem unterschätzt werde, wo notwendig auch mit militärischen Mitteln zu fordern und zu betreiben. Eine solche Notwendigkeit sieht sie nicht nur in Syrien bis in die Gegenwart, sondern auch in Bosnien und Kosovo in den 1990er Jahren. Für Syrien argumentiert sie ferner, das Auftreten des Islamischen Staates sei Ausfluss einer Strategie des Assad-Regimes zur Legitimierung seines brutalen Vorgehens gegen die damit leicht als „Terroristen“ zu brandmarkende Opposition. Hier wie an anderen Stellen ist die Darstellung detailreich bis zu dem Punkt, wo nicht mit der Region Vertraute in Gefahr sind, den Überblick zu verlieren. Die Stoßrichtung jedenfalls ist eindeutig: Hensman klagt die „internationale Gemeinschaft“ an, der syrischen Opposition die notwendige, aus ihrer Sicht letztlich in erster Linie militärische Hilfe verweigert und so „Putin“, „Assad“ und „Khamenei“ in die Hände gespielt zu haben. Sie stellt dies in einen Kontrast zur Intervention in Libyen 2011/12, wobei sie freilich die danach eingetretene Entwicklung in einem allzu harmonischen Licht zeichnet. Was dabei mit der „internationalen Gemeinschaft“ gemeint ist, bleibt oft unklar – an manchen Stellen scheint es sich um die UN zu handeln, an anderen eher um die USA, dann wieder um zivilgesellschaftliche Akteure oder um die ihrerseits eher diffus benannte „Linke“, die einen zentralen Fluchtpunkt von Hensmans Überlegungen darstellt. Ehestens scheint sie darunter ein Spektrum zu verstehen, das von Liberalen im US-amerikanischen Verständnis bis in den Bereich des radikalen Sozialismus reicht und aus dem sich auch die von ihr mit Recht scharf für ihre Apologetik kritisierten „Pseudo-Anti-Imperialist*innen“ rekrutieren. Die naheliegende und entscheidende Frage, welche Interessen die angeführten Appellationsinstanzen – denn darauf sind sie hier reduziert – selbst möglicherweise verfolgen, bleibt ausgespart. Man muss aber gewiss nicht die Verbrechen beschönigen, die mit der Unterdrückung der Opposition in Syrien seit Jahren einhergehen, um diese Frage mit der Möglichkeit militärischer Interventionen in den Konflikt zu verknüpfen.

Solche Bedenken verstärken sich bei der Lektüre des Schlusskapitels, das nach Handlungsmöglichkeiten fragt. Diese liegen für Hensman in erster Linie in einer Stärkung des internationalen Menschenrechtsregimes, einer grundlegenden UN-Reform einschließlich der Beseitigung der Veto-Rechte im Sicherheitsrat und einer Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs. Man kann das alles als für wünschenswert halten, wird aber zugeben müssen, dass dies derzeit kaum realistische Perspektiven sind. Zweifellos wichtig ist Hensmans entschiedene Kritik an Sichtweisen, die Menschenrechte als Konstrukt des „Westens“ abtun, unter Absehung nicht zuletzt von

dem wahrhaft globalen Spektrum an Beiträgen, die 1948 zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geführt haben. Ähnliches gilt für Hensmans Kritik am „Orientalismus“ von „Pseudo-Anti-Imperialist*innen“, die Demokratiebewegungen wie etwa in Syrien ausschließlich als Ausfluss westlicher Machinationen denunzieren und damit die Handlungskompetenz der Aktivist*innen ableugnen. Wiederum wenig realistisch erscheinen Überlegungen, die „Linke“ sei ernsthaft und effektiv in der Lage (gewesen), etwa die syrische Opposition oder die bosnischen Muslime zu verteidigen. Wenn andererseits USA und NATO wiederholt als mögliche Schutz-mächte der Unterdrückten angesprochen werden, so muss außer nach materiellen Interessen, die beide verfolgen, auch nach den historischen Erfahrungen mit diesen Mächten gefragt werden.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i2.14>

Georg Auernheimer: *Globalisierung*. Köln: Papyrossa 2019, 131 Seiten

Der Autor behandelt ein gigantisches Thema auf sehr knappem Raum. Nach einem kurzen Problemaufriss in der Einleitung gliedert er seinen Gegenstand in sieben Kapitel: Zunächst (Kap. 1) gibt er einen knappen geschichtlichen Überblick, der mit der Herausbildung des kapitalistischen Systems im 16. Jh. beginnt. Schon im zweiten Kapitel wendet er sich den aktuellen Formen der Kapitalverwertung zu, die sich in den „digital beschleunigten Finanzmärkten“ (40) und deren explosivem Bedeutungszuwachs zeigen. „Privat-Equity- und Hedge-Fonds ... verändern nicht nur Machtverhältnisse, sondern die Unternehmenskultur in Industrieunternehmen“ (41). Sie schlagen auf den globalisierten Arbeitsmarkt durch und produzieren daraus folgend neue Formen der Migration.

Im dritten Kapitel konzentriert sich Georg Auernheimer auf die Folgen dieser kapitalistischen Umstrukturierung für den Staat, der stetig an Steuerungsfähigkeit verliert. Die hier wirksamen Mechanismen zeigt er mit Blick auf Ratingagenturen oder Schattenbanken wie Black Rock auf. Die Folgen des Agierens der kurzfristige Gewinne suchenden internationalen Finanzakteure treffen vor allem die Länder der vormaligen „Dritten Welt“: Um Investitionen oder Kredite zu erhalten, sehen sie sich zu immer neuen Steuersenkungen gezwungen, die in einen „Steuersenkungswettlauf“ (64) münden. Das neoliberale Heilmittel ist dann eine Austeritätspolitik, die zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen führt, schlicht das weltweite Elend vergrößert.

Das vierte Kapitel thematisiert die globale Landwirtschaft. In kenntnisreichem Rückgriff auf die Arbeiten von Rosa Luxemburg zeigt der Verfasser, wie die Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfond die Rahmenbedingungen setzten, die landwirtschaftliche Produkte standardisieren und weltmarktfähig machen, dies um den Preis der Vernichtung lokaler Produktion für den Eigenbedarf und ungeheurer, fataler ökologischer Folgen auf globaler Ebene. Hier hätte sich der Rezensent gewünscht, dass das Buch ausführlicher auf den Zusammenhang der finanzgetriebenen Spekulation und des sog. *land grabbing* ebenso wie auf die katastrophalen Folgen der von der EU den ehemaligen Kolonien